

Gehörlose verschaffen sich Gehör

Blinde und taube Menschen kämpfen seit Jahren um mehr staatliche Unterstützung – ein Treffen am Hauptbahnhof in Kiel zeigt, warum Menschen mit Behinderung mehr Unterstützung verlangen

Kay Müller

Sie sieht ihn sofort. Kaum schiebt Jürgen Trinkus seinen weißen Stock aus dem Linienbus, der vor dem Kieler Hauptbahnhof hält, begrüßt ihn Christina Benker mit einem leichten Tippen auf den Oberarm. Dann hakt sie den 67-Jährigen unter und führt ihn durch die Menschen zum Bahnhofsgebäude. Dort zücken beide ihre Handys und fangen an zu kommunizieren, Trinkus diktiert, Benker tippt. Denn er ist blind – sie ist taub.

Man dürfe das Wort „taub“ ruhig verwenden, sagt die Kielerin, die seit ihrer Geburt gehörlos ist. Sie ist zu diesem Treffen am Bahnhof gekommen, um zu zeigen, warum Gehörlose Unterstützung brauchen. „In acht Bundesländern gibt es ein Gehörlosengeld, in Schleswig-Holstein nichts“, sagt die junge Frau. Sie ist nicht leicht zu verstehen, weil sie leise und undeutlich spricht. Doch ihre Aussagen sind umso klarer.

Seit Jahren kämpfen die Gehörlosen für Unterstützung, haben jüngst in einer Anhörung im Landtag viel positives Feedback bekommen, als sie mit den Blinden eine Erhöhung des Blindengeldes und die Einführung eines Gehörlosengeldes gefordert haben. Sozialministerin Aminata Touré hat das im Landtag in Aussicht gestellt, doch jetzt rudert sie genauso zurück wie ihre Grünen-Fraktion und die des Koalitionspartners CDU (siehe Kasten).

Sie liest die Sätze mühsam von seinen Lippen ab

„Wir sind da zu einer Wohlgefühldebatte eingeladen worden, in der man die armen behinderten Menschen bedauert hat. Aber am Ende stehen wir mit leeren Händen da“, sagt Trinkus als ihn Benker die Treppen zum Bahnhof hinunterführt. „Dabei liegt Schleswig-Holstein mit dem Blindengeld von 300 Euro im Monat bundesweit an letzter Stelle.“ Andere Länder zahlen mehr als das Doppelte. „Im Koalitionsvertrag steht zumindest, dass in dieser Legislatur das Blindengeld erhöht werden soll“, sagt Trinkus und dreht sich zu seiner Begleiterin um: „Von den Gehörlosen steht da gar nichts. Ich glaube, das kommt, weil ihr euch im wahrsten Sinne weniger Gehör verschaffen könnt.“

Christina Benker hat die Sätze mühsam von Trinkus Lippen ablesen können und nickt. Und als sie das Statement der Ministerin liest, das die zur Einführung eines Gehörlosengeldes abgeben sollte und in dem die Grünen-Politikerin dieses Wort gar nicht erwähnt, zuckt die Gebärdensprachpädagogin nur mit den Schultern. „Wir sind halt abgehängt, weil es schwer ist, mit



„Sie ist mein Auge“, sagt Jürgen Trinkus über die gehörlose Christina Benker. Foto: Marcus Dewanger

uns zu kommunizieren“, sagt sie. Und wenn man Benker fragt, welche Gefühle sie hat, wenn sie solche Sätze liest, ballt sie die Fäuste, pumpt ihren Körper auf und ihre Lippen formen das Wort „Wut“. Dann lässt die Körperspannung nach, und sie sagt „Enttäuschung“. Und schließlich zuckt sie wieder mit den Schultern, und ihre Lippen formen das Wort: „Resignation“.

Kommunikation mit Hörenden – ein Problem

Benker ist es nicht leicht gefallen, zu diesem Termin am Bahnhof zu kommen – noch dazu ohne Dolmetscher. Denn Gehörlose sind meist darauf angewiesen, dass ihnen jemand hilft, mit Hörenden zu kommunizieren. Auf dem Bahnsteig zeigt Benker, was sie meint. Wenn ein Zug ausfällt oder von einem anderen Gleis abfährt, gibt es meist eine Lautsprecherdurchsage.

„Dann rennen alle vom Bahnsteig, und ich weiß gar nicht, was los ist“, sagt die Kielerin. Es falle ihr schwer, jemanden anzuhalten, und ihm mit Gesten zu bedeuten, ihr zu sagen, was los ist. „Die halten mich für...“, sagt Benker – und wischt dann mit der Hand einmal vor ihrem Gesicht hin und her. Bis sie dann per Handy herausgefunden habe, wo der nächste Zug abfährt oder eine Anzeige erscheine, sei die Bahn längst abgefahren.

Je mehr sie am Leben teilhaben wolle, desto teurer werde es, erklärt Benker. Einen Handyvertrag mit Flatrate gebe es nur mit dem Telefonie-Angebot, das sie nicht nutzen könne. Bei ihrem Zahnarzt könne sie Termine nur telefonisch vereinbaren und müsse dafür einen bundesweiten Telefonvermittlungsdienst für hör- und sprachbehinderte Menschen buchen, in der professionelle Dolmetscher simultan Gebärdensprache in Lautsprache übersetzen und umgekehrt. Nur das kostet eben Geld. Das müssten die Gehörlosen selbst zahlen, und das sei eben bei fast allen wichtigen Terminen so. Wer sich das nicht leisten könne, der bleibe ausgeschlossen, erklärt Benker, die für den Gehörlosenverband als Gebärdensprachpädagogin arbeitet. Das sei nicht im Sinne der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen, nach der allen Menschen die gleiche Teilhabe ermöglicht werden soll.

Das sieht Trinkus nicht und vermisst den Rückhalt der Politiker aus dem Norden. Das Vertrauen in die Abgeordneten sei untergraben, sagt er: „Sie haben uns geduldig angehört und dann nur hingehalten.“ Trotzdem wollen er und Benker im nächsten Jahr erneut einen Anlauf nehmen, um mehr Unterstützung für die Behinderten zu bekommen. „Vielleicht schreiben wir

erstmal einen offenen Brief.“

Und so stehen Christina Benker und Jürgen Trinkus etwas verloren vor dem Kieler Bahnhof. Sie kennen nur das Leben mit ihrer Behinderung und auf die Frage, ob sie die eine gegen die andere tauschen möchten oder gar das Leben mit einem Nicht-Behinderten – da schütteln beide nur den Kopf. „Wir lassen uns nicht auseinander bringen – wir wollen einfach nur Teilhabe“, sagt Trinkus. Und Benker formt mit ihren Lippen die Worte: „Nicht mehr und nicht weniger als jeder andere.“

Der Satz klingt so selbstverständlich. Ist er aber nicht.

Auf der Agenda

Das sagen die Politiker in Schleswig-Holstein

Sozialministerin Aminata

Touré (Grüne): „Wir bleiben bei unserem Vorhaben, das Landesblindengeld in dieser Legislatur zu erhöhen. Nicht alle Vorhaben werden im ersten Haushaltsjahr realisiert.“



Marcus Dewanger

Blinde und stark sehbehinderte Menschen müssen genauso wie alle anderen Menschen in vollem Umfang am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Das Parlament hat vor kurzem beschlossen, eine Erhöhung des Landesblindengeldes in dieser Legislatur zu prüfen.“

Andrea Tschacher, Sprecherin für Menschen mit Behinderungen der CDU-Fraktion:



Wahlkreisbüro Tschacher

„Wir wollen, dass Menschen mit Behinderungen bestmöglich und selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.“

Dazu haben wir uns im Koalitionsvertrag auf eine Erhöhung des Landesblindengeldes in dieser Wahlperiode verständigt. Für Menschen mit einer hochgradigen Sehbehinderung wollen wir uns auf Bundesebene für die Einführung eines Sehbehindertengeldes als Nachteilsausgleich einsetzen. Was die Höhe angeht, sind wir noch am Anfang der Beratungen. Eine parlamentarische Initiative gibt es von den Koalitionsfraktionen dazu noch nicht.“

Anna Langsch, sozialpolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion:



Axel Heilmann/dpa

Zumindest eine Angleichung des Landesblindengeldes auf den Bundesmittelwert von rund 480 Euro halten wir für angemessen, ebenso

wie die Einführung eines Gehörlosengeldes. Im Rahmen der weiteren Abstimmungen auf übergeordneter Ebene und zwischen den Koalitionsfraktionen haben diese Vorschläge leider keine Mehrheit für den Haushalt 2023 finden können. Ich bedauere dies außerordentlich. ky

STATISTIK

Geld für Blinde und Gehörlose

Laut Statistik gibt es rund 2900 Blindengeldempfänger und 2155 Personen mit anerkannter Gehörlosigkeit in Schleswig-Holstein. Die Erhöhung des Landesblindengeldes um 100 auf 400 Euro – womit der Norden noch immer unter dem Bundesschnitt von 470 Euro läge – würde laut Sozialministerium 3,5 Millionen Euro kosten. Seit 2013 hat Schleswig-Holstein das Landesblindengeld nicht erhöht, liegt im Ranking der Bundesländer an letzter Stelle.

Das Gehörlosengeld gibt es in folgenden Ländern:

Berlin:	153,09 Euro
Brandenburg:	106,60 Euro
Nordrhein-Westfalen:	77 Euro
Sachsen:	130 Euro
Sachsen-Anhalt:	54,18 Euro
Thüringen:	100 Euro

Hessen: Die Einführung eines Gehörlosengeldes ist im Juli 2021 beschlossen worden.